

Presseinformation

Bremen, den 22.04.2020

Seite: 1 von 1

TV Stud Bremen veröffentlicht Offenen Brief mit Forderungen an die Landesregierung

Studierende dürfen keinen Nachteil durch die COVID-19 Pandemie haben

Angesichts der COVID-19 Pandemie stehen die Hochschulen und damit auch Studierende vor großen neuen Herausforderungen. Durch die Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung gehen den Studierenden Jobs verloren, Studierende sind aber nur unzureichend in den Sofortmaßnahmen zur Unterstützung vorgesehen. Viele Studierende unterstützen nun zu pflegende Angehörige, kümmern sich um Geschwister und betreuen ihre Kinder, während sie im Studium weitgehend mit den Experimenten zu neuen Formen der digitalen Lehre konfrontiert werden.

Es ist zu befürchten, dass die Corona Pandemie soziale Unterschiede unter den Studierenden verstärken könnte: Schon allein die Voraussetzungen für ein gutes Studium mit digitaler Lehre sind nicht immer gegeben. Man braucht zum Beispiel einen schnellen Internetanschluss und die Möglichkeit, sich regelmäßig in einen ruhigen Raum zurückzuziehen. Die erschwerten Studienbedingungen dürfen daher nicht zu Nachteilen, im Extremfall sogar zu Exmatrikulationen aufgrund nicht bestandener Prüfungen führen.

Daher hat die Initiative *TV Stud Bremen* einen Offenen Brief mit Forderungen an die Landesregierung und Hochschulen in Bremen verfasst und ein Bündnis aus verschiedenen studentischen, gewerkschaftlichen und hochschulnahen Gruppen angestoßen. Das Ziel des Briefes ist, Maßnahmen seitens der Hochschulen und Regierung zu erwirken, damit die Corona-Pandemie nicht zu Nachteilen für Studierende führt.

Der Offene Brief kann von Gruppen wie auch Einzelpersonen unterstützt werden unter:

<https://tvstud-bremen.de/aktuelles/chronik/petition/>

Für Nachfragen steht zur Verfügung:

Tatjana Basow 0171/1492683

Inge Kleemann 0171/9344523

Zum Hintergrund:

Die Initiative *TV Stud Bremen* besteht aus studentischen Hilfskräften, die sich in den Gewerkschaften GEW und ver.di organisieren, und setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen studentischer Hilfskräfte ein

Offener Brief an die Landesregierung des Landes Bremen

Studierende und Lehrende im Land Bremen stehen gerade aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie vor großen Herausforderungen. Die Einschränkungen des Hochschulbetriebs, geschlossene Bibliotheken, Absagen der Präsenzlehre sowie die Isolation führen zu einer angespannten Situation. Auch abseits der Hochschulen ergeben sich Schwierigkeiten, die Einfluss auf den Lehrbetrieb haben.

Die Absage von Präsenzveranstaltungen und die Umstellung auf digitale Lehre werden neue Probleme mit sich bringen und alte verstärken. Jetzt schon werden Seminare abgesagt und es ist unklar, welche Prüfungen überhaupt in welcher Form stattfinden werden. Aus diesem Grund bezweifeln wir sehr stark, dass den unterfinanzierten Hochschulen im Land Bremen so schnell eine gelungene Umstellung auf digitale Lehre gelingt.

Studierenden brechen die Jobs und die finanzielle Unterstützung der Eltern weg. Viele müssen sich jetzt um kleine Geschwister oder zu pflegende Angehörige kümmern. Gerade in Bremen, wo viele Menschen von Armut bedroht sind, stellt dies große Hindernisse auch für Studierende dar.

Wir sehen zudem die Gefahr, dass soziale Unterschiede jetzt noch viel deutlicher hervortreten werden. Je nach Wohnsituation und technischer Ausstattung studiert es sich beispielsweise auf engem Raum viel schlechter als in den Räumen der Universität. In vielen Haushalten wird es schlicht unmöglich sein, immer einen ruhigen Arbeitsplatz zu den Seminarzeiten zu garantieren. Studierende, die ihren Job verloren haben, müssen in erster Linie erstmal finanziell über die Runden kommen und haben weniger Zeit, geschweige denn den Kopf für ein Vollzeitstudium.

Sowohl Studierenden, als auch Lehrenden muss bewusst sein, dass das kommende Semester gemäß trial-and-error laufen wird. Das bedeutet, dass Probleme auftreten werden. Sei es, weil bei einer Videokonferenz mit zwanzig Leuten die Konzentration fehlt, etwas Konstruktives beizutragen oder weil eine Prüfungsnote zu spät kommt, da Dozierende gerade noch mehr zu tun haben als sonst. Deshalb gilt für alle: Es kann nicht erwartet werden, dass dasselbe Leistungsniveau erbracht wird wie in jedem anderen Semester.

Das mindeste, was die Hochschulen und Landesregierung tun müssen, ist die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass der Druck auf Studierende und Lehrende reduziert wird.

Daher stellen wir folgende Forderungen an die Landesregierung und Hochschulleitungen in Bremen

- Dieses Semester wird nicht auf die BAföG und Fach-/Hochschulsemester angerechnet.
- Es dürfen dieses Semester keine Studiengebühren wie Langzeit- oder Zweitstudiumsgebühren erhoben werden. Wurden diese bereits erhoben, so sind sie den Studierenden zu erstatten
- Alle ab dem 23.03.2020 abgelegten Prüfungen zählen als Freiversuch. Prüfungen, die aktuell verschoben werden, dürfen nicht verpflichtend im Sommersemester nachgeholt werden müssen.
- Allen Beschäftigten der Hochschulen, einschließlich der studentischen Hilfskräfte, muss eine Lohnfortzahlung garantiert werden. Um ihnen in der aktuellen Situation mehr Sicherheit zu geben müssen ihre Verträge um 1 Semester verlängert werden.
- Bei der inhaltlichen Konzipierung des Semesters muss der zusätzliche Organisationsaufwand berücksichtigt werden, damit der zusätzliche Arbeitsaufwand nicht auf Lehrende und Studierende abgewälzt wird. Veranstaltungen könnten zum Beispiel in geringerer Frequenz stattfinden und nur der dadurch verringerte Umfang an Stoff geprüft werden.
- Die für Lehrende entstehenden erhöhten Vor- und Nachbereitungszeiten, auch die der Tutor*innen, müssen entlohnt werden.
- Alle auslaufenden Studienordnungen und -gänge müssen um ein Semester verlängert werden.
- Zwangs-Exmatrikulationen müssen für ein Semester ausgesetzt werden.